

Verkehrsausschuß . . .

Fortsetzung von Seite 12

che Lieferprogramm und die Fertigung informieren. Dr. Meier-Ohlert, Mitglied des Vorstandes der Düwag, gab einen Überblick über die Herstellungspalette des Unternehmens. Im Werk Düsseldorf sind rund 900 Mitarbeiter beschäftigt. Nach großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erwartet das Unternehmen für 1981 ein Umsatzvolumen, das etwa dem von 1975 entspricht. Zu dieser Umsatzsteigerung trägt das Auslandsgeschäft wesentlich bei. Allerdings weisen laut Meier-Ohlert die ausländischen Märkte keine kontinuierliche Nachfrage aus. Düwag-Sprecher Grawenhoff stellte dem Ausschuß die neueste Entwicklung vor, den Stadtbahnwagen Typ B für die Rheinbahn Düsseldorf mit Drehstromtechnik, die wartungsfreier ist und die Möglichkeit der Energierückgewinnung eröffnet. Der Ausschuß sah in den unterschiedlichen Wünschen der Verkehrsbetriebe hinsichtlich der Ausstattung und der Technik der Fahrzeuge ein Ziel nordrhein-westfälischer Verkehrspolitik gefährdet, nämlich ein einheitliches Verkehrssystem im Land zu erreichen. Dr. Meier-Ohlert sah die besondere Stärke der Düwag darin, sich den individuellen Kundenwünschen jeweils anpassen zu können.

Terminvorschau

vom 15. bis 21. Juni 1981

Montag, 15. 6.

Wirtschaftsausschuß
(Beginn: 13.00 Uhr)

Haus der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH – NOWEA –, Stockumer Kirchstraße
Erörterung von Messe- und Ausstellungsfragen mit Vertretern der NOWEA und Ausstellern der Bergbau 81

Fundstellen

Das Landtagsarchiv hat zur Dokumentation über das Wassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG) von 1979 sowie das Finanzausgleichsgesetz 1978 Fundstellenverzeichnisse erstellt. Sie können eingesehen oder ausgeliehen werden. (Archiv des Landtags, 4000 Düsseldorf, Kronprinzenstraße 2, Postfach 11 43, Telefon 02 11/ 88 44 39).

Nuklearanlage

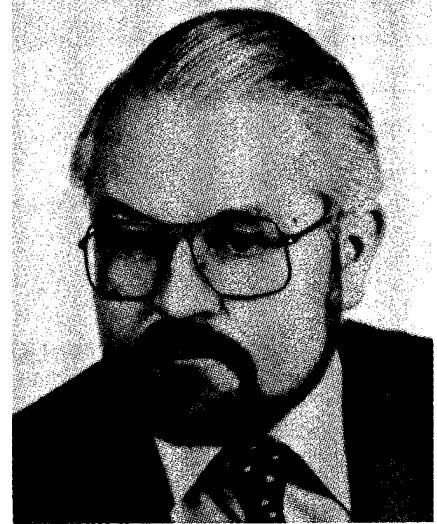
Die erste nukleare Wiederaufbereitungsanlage der Bundesrepublik soll im nordhessischen Wethen bei Diemelstadt an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen gebaut werden. Diesen Ort hat die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) in Hannover der hessischen Landesregierung vorgeschlagen, teilte das Wirtschaftsministerium in Wiesbaden mit.

Wegen der sitzungsfreien Woche erscheint Landtag intern erst wieder am 29. Juni 1981

Porträt der Woche

Heinz Hunger ist sich da ganz sicher: „Die CDU wird es nicht wagen, offiziell und als Partei ein Volksbegehren gegen unser Gesamtschulgesetz zu unterstützen.“ Diese Sicherheit nimmt der Bielefelder Sozialdemokrat, der vor Jahresfrist mit genau 49 Prozent der Stimmen zum erstenmal in den Düsseldorfer Landtag gewählt wurde, nicht etwa aus seiner intimen Kenntnis der CDU-Fraktion. Hunger ist ein zu realistischer – man möchte beinahe sagen: erdverbundener – Zeitgenosse, als daß er sich einbildete, nach einjähriger Parlamentszugehörigkeit alle Gedanken und taktischen Winkelzüge der Biedenkopf-Truppe zu kennen, um ein so entschiedenes Urteil über ihre Haltung zum Gesamtschulgesetz zu fällen. Aber der Geschäftsführer der Bielefelder SPD – gelernter Buchbinder mit engen Bindungen zu den Gewerkschaften – hat als langjähriger Kommunalpolitiker seine Hand am Puls der Leute in Ostwestfalen. Und von daher glaubt er zu wissen, daß auch viele Bürger, die sonst der CDU nahe stehen, den großen Schulkampf nicht wollen. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß zu viele Eltern die Gesamtschule wollen, „und das weiß die CDU“, sieht Hunger optimistisch in die Schul-Zukunft des Landes.

Über die Bildungspolitik aber redet er nur, wenn er nach seiner Meinung gefragt wird. Ganz anders ist die Sache bei seiner eigentlichen politischen „Leidenschaft“, der Wohnungspolitik. Leidenschaft hat für den bärtigen Bielefelder mit dem stets korrekt zurückgekämmten Haar beim Thema Wohnen durchaus einen doppelten Sinn: Ein Thema auch, an dem man leiden kann. In Bielefeld wohnt Heinz Hunger in einem Sanierungsgebiet. Da weiß er, wovon er redet, wenn er im Landtagsausschuß für Städtebau und Wohnungswesen das Wort ergreift. In Bielefeld hat er sich beispielsweise früh stark gemacht für eine Zwischennutzung leerstehender Häuser. „Wir haben sie für eine symbolische Gebühr den Studenten überlassen. Geld ist bei dieser Problematik nicht der Stein des Anstoßes. Viel wichtiger ist, daß die Leute auch wirklich freiwillig ausziehen, wenn die Planungen so weit sind, daß die Häuser abgerissen werden müssen“, beschreibt Hunger die Marschrichtung seiner Bielefelder Parteifreunde im Häuserkampf und setzt hinzu, daß er sehr hoffe, daß die Studenten die Abmachungen einhielten, die sie mit der Stadt getroffen haben. Der ehemalige Vorsitzende der sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“ in Bielefeld – mit den „Linken“ in der Landtagsfraktion hat er nach eigenem Bekunden vielleicht auch wegen dieser Vergangenheit keine Schwierigkeiten – ist Pragmatiker genug, um ideologisch aufgetürmte Barrieren souverän zu mißachten. Wenn es



Heinz Hunger (SPD)

um die Sache geht, hat er im Gegensatz zu manch anderen Sozialdemokraten auch keine Berührungsängste mit den Alternativen, die in Bielefeld mit einer „Bunten Liste“ den Einzug ins Kommunalparlament schafften. In der Wohnungsproblematik sei man sich mit den „Bunten“ sehr nahe, verhehlt der Bielefelder Ratsherr (seit 1967) nicht. Und – um noch einmal auf die Bildungspolitik zurückzukommen – für eine Gesamtschule in Bielefeld hätten Sozialdemokraten und „Bunte“ zusammen gestimmt.

Heinz Hunger gehört zur sogenannten „Teutonenriege“ der SPD-Fraktion, ein Charakteristikum, das keinen schmählichen Klang für ihn hat. Minderwertigkeitsgefühle habe man da oben in Ostwestfalen gegenüber der Düsseldorfer Landeshauptstadt nie gehabt – aber sich lange Zeit personell doch etwas unter Wert behandelt gefühlt. Seit Schwier aber im Kabinett sitzt und Denzer an der Fraktionsführung steht, habe man auch in dieser Beziehung nichts mehr zu klagen, lächelt der Bielefelder Abgeordnete verschmitzt. Daß sich die „Teutonenriege“ manchmal vor wichtigen Abstimmungen trifft, will Hunger nicht als Fraktionierung der Fraktion mißdeutet wissen. Wenn man etwas in einer so großen Fraktion erreichen wolle, müsse man seine Anliegen schon mal etwas „vorprogrammieren“ – andere täten das ja wohl auch, um in der Fraktion für die heimische Region einen möglichst dicken Fisch an Land zu ziehen, wenn es darum geht, Landeszuschüsse zu kanalisieren.

Das Bild zum Fisch kommt Hunger nicht von ungefähr über die Lippen. In seiner Freizeit ist er engagierter Angler. Seine Spezialität: Aale. An den skandinavischen Gewässern, wo er am liebsten Urlaub macht, hat er schon bis zu zwanzig Stück in einer Nacht aus dem Wasser geholt. Kein Anglerlatein, versichert er nachdrücklich. Man könne ja seine Frau fragen. Reinhard Voss